

Prof. Dr.jur. Dr.-Ing. E.h.  
DIETER SPETHMANN  
Rechtsanwalt  
Montag, den 15. November 2010

Herrn  
Leo Dautzenberg MdB  
Berlin  
email

Sehr geehrter Herr Dautzenberg!

Vielen Dank für Ihr Schreiben.

Tz 179 des Lissabon-Urteils des BVerfG vom 30.6.2009 schreibt den politischen Organen der Bundesrepublik Deutschland verbindlich vor, alles, was über „Lissabon“ hinausgeht, in Deutschland zum Volksentscheid nach Art 146 GG zu stellen. Das haben Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat und Bundespräsident anlässlich der Mai-Ereignisse („Rettungsschirme“) nicht getan. Meine Frage: Warum haben Sie das unterlassen? Es gibt doch keinen Zweifel, dass Deutschland damit Lasten übernahm, die über Lissabon hinausgehen.

Sie weisen meine Einschätzungen zurück. Frage an Sie: Wie rechtfertigen Sie die von den politischen Organen der Bundesrepublik Deutschland den deutschen Bürgern unter dem Zeichen EU/Lissabon auferlegten Lasten, ohne zur Folgerung eines „Europäischen Sozialismus“ zu kommen? Meinem beigefügten Schreiben an die FAZ vom 2. ds. Mts. (Anlage 1) entnehmen Sie bitte Einzelheiten.

Zu Ihren Thesen im übrigen. Mit diesen vertragen sich die Zahlen nicht. Die deutsche Presse ist dieser Tage voll von den Missetaten der USA, die ein Leistungsbilanzdefizit von 3,3% ihres BIP produzieren. Kein Wort aber schreibt die deutsche Presse von der vergleichbaren Missetat der Spanier, die sogar ein Leistungsbilanzdefizit von 4,4% ihres BIP produzieren. Da Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss von 5,2% seines BIP produziert, ist an eine „gemeinsame Außenvertretung in Währungsfragen,“ wie Frau Merkel sie präferiert, aus logischen Gründen nicht zu denken. Einzelheiten siehe die beigefügte Tabelle aus dem Londoner Economist (Anlage 2).

Die von CDU Kanzlern seit 1990 eingeschlagene und von Ihnen verteidigte Politik hat dazu geführt, dass das deutsche Pro-Kopfeinkommen, das noch 1990 (gemeinsam mit der Schweiz) in der Spitzengruppe gelegen hatte, inzwischen immer weiter in Richtung des Durchschnitts der EU27 abgeglitten ist. Hierzu füge ich Ihnen die neueste Aufstellung des IMF bei (Anlage 3). Sie finden Deutschland nur noch an 16. Stelle mit USD 40.832. Noch 1990 hatten wir in der Spitzengruppe gelegen. Heute aber haben wir nur noch 39% von Luxemburg, 64% der Schweiz, 72% von Dänemark, 82% von Irland, 85% der Niederlande und 96% von Frankreich. Die Tendenz ist eindeutig weiter abwärts gerichtet, auch trotz des gegenwärtigen Aufschwungs. Auch Ende 2010 wird der deutsche Bürger weniger Kaufkraft haben als ein Jahr zuvor. Die von Ihnen verteidigte Politik führt zur progressiven Verarmung des deutschen Bürgers.

Auf den Seiten 5 und 8 finden Sie zwei Texte, die meine Streitgenossen vor dem BVerfG und ich verfasst haben und von denen Sie gern Gebrauch machen können – wie von diesem Brief insgesamt. Mit verbindlichen Empfehlungen Ihr



Anlage

Adresse/Address: 40547 Düsseldorf, Kaiser-Friedrich-Ring 72  
Telefon Office (0211) 478.4916 Fax Office (0211) 478.4949  
Telefon Home (0211) 588217 Fax Home (0211) 575891  
eMail: DieterSpethmann@aol.com - Internet: <http://www.eurospethmann.de>

Prof. Dr.jur. Dr.-Ing. E.h.  
DIETER SPETHMANN  
Rechtsanwalt  
Dienstag, den 2. November 2010

An die Redaktion Leserbriefe der FAZ  
Frankfurt

Schäuble „Europa und die Weltwirtschaft“ in FAZ von heute

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn Sie zum Jahresende die Glanzleistungen Ihrer Gastautoren zusammenstellen, setzen Sie diesen Artikel bitte an die erste Stelle.

Erstens entspricht der Inhalt nicht dem Thema: „Europa“ hätte auch die nicht zur EU gehörenden Staaten einbeziehen müssen, was aber unterblieb. Zweitens richtet sich der Artikel an die „Mitgliedsstaaten der EU,“ ohne indes zwischen EU und Eurozone zu differenzieren, was ihn inhaltlich diffus macht, denn für die Staaten der Eurozone gelten andere Regeln als für die anderen. Drittens meint der Artikel, Deutschland und Frankreich müssten dabei wieder einmal die Schrittmacher sein. Sehr gern, aber wofür, bitte? Für die Eurozone? Für die EU? Für Europa? Das sind drei gänzlich unterschiedliche Interessenskreise. Facit: Der Artikel hat sein Thema verfehlt.

Gleichwohl, Schäuble schreibt: „Deutschland sollte diese neue Verantwortung auf sich nehmen.“ Was könnte das sein? Weiterhin den Banken die höchsten Realzinsen zahlen, was die deutschen Kreditnehmer mit mehr als €50Mrd pa ökonomisch ungerechtfertigt belastet, aber alle höher inflationierenden Euro-Staaten entlastet, darin Italien mit mindestens €70Mrd pa? Und/oder weiterhin im Aussenhandel erzielte Überschüsse (Leistungsbilanz) der EZB zur Verfügung stellen (jüngst USD178Mrd oder €127Mrd), damit Frankreich (minus USD51Mrd oder 2% seines BIP) hierfür importieren kann? Und/oder dasselbe mit Überschüssen von insgesamt USD178Mrd (lfd Rechnungsjahr, was 5,2% unseres BIP ausmacht) für die gesamte Eurozone, damit die nach den französischen USD51Mrd verbleibenden USD127Mrd von anderen verfrühstückt werden können? Und/oder „Rettungsschirme“ zum Schutz fremder Banken aufspannen (bisher >€150Mrd)? Unser BIP wird dieses Jahr wohl wieder €2.500Mrd erreichen, aber davon fließen mindestens die genannten €50Mrd und €127Mrd automatisch ab, und die notwendigen Rückstellungen für die „Rettungsschirme“ werden sich auf mindestens €73Mrd belaufen, sodaß mindestens 10% unseres BIP futsch sind.

Unserer Pflegeversicherung aber fehlen €3Mrd pa – so die ARD gestern.

Helmut Schmidt, Europäer der ersten Stunde, nennt die EU neuerdings „Blödsinn“ (ARD vom 4. August). Herr Schäuble hätte Herrn Schmidt widerlegen sollen. Hat er aber nicht. Kann er auch nicht.

Mit verbindlichen Empfehlungen Ihr


Gez. Dieter Spethmann

## Trade, exchange rates, budget balances and interest rates

|                       | Trade balance*<br>latest 12<br>months, \$bn   | Current-account balance   |                   | Currency units, per \$ |          | Budget<br>balance<br>% of GDP<br>2010† | Interest rates, % |                                |
|-----------------------|---|---------------------------|-------------------|------------------------|----------|--|-------------------|--------------------------------|
|                       |   | latest 12<br>months, \$bn | % of GDP<br>2010† | Nov 10th               | year ago |  | 3-month<br>latest | 10-year gov't<br>bonds, latest |
| United States         | -632.1 Sep  | -430.9 Q2                 | -3.3              | -                      | -        | -9.0                                   | 0.21              | 2.60                           |
| Japan                 | +91.1 Sep   | +188.1 Sep                | +3.3              | 82.8                   | 89.8     | -7.6                                   | 0.17              | 0.99                           |
| China                 | +186.1 Oct  | +289.1 Q2                 | +4.9              | 6.63                   | 6.83     | -2.2                                   | 2.87              | 3.02                           |
| Britain               | -142.8 Sep  | -34.5 Q2                  | -1.8              | 0.62                   | 0.60     | -10.1                                  | 0.80              | 3.26                           |
| Canada                | -6.9 Sep  | -41.1 Q2                  | -2.5              | 1.00                   | 1.05     | -4.6                                   | 0.95              | 3.10                           |
| Euro area             | +16.4 Aug   | -67.7 Aug                 | -0.4              | 0.73                   | 0.67     | -6.5                                   | 1.05              | 2.45                           |
| Austria               | -4.7 Aug  | +10.7 Q2                  | +1.9              | 0.73                   | 0.67     | -5.1                                   | 1.05              | 2.88                           |
| Belgium               | +19.8 Jul   | +1.7 Jun                  | +1.2              | 0.73                   | 0.67     | -4.8                                   | 1.06              | 3.37                           |
| France                | -69.6 Sep   | -51.3 Aug                 | -2.0              | 0.73                   | 0.67     | -7.8                                   | 1.05              | 2.87                           |
| Germany               | +210.3 Sep  | +182.7 Sep                | +5.2              | 0.73                   | 0.67     | -3.7                                   | 1.05              | 2.43                           |
| Greece                | -41.4 Aug   | -35.6 Aug                 | -5.8              | 0.73                   | 0.67     | -7.9                                   | 1.05              | 11.52                          |
| Italy                 | -24.4 Aug   | -73.5 Aug                 | -3.1              | 0.73                   | 0.67     | -5.0                                   | 1.05              | 4.09                           |
| Netherlands           | +50.4 Aug   | +42.5 Q2                  | +6.2              | 0.73                   | 0.67     | -5.7                                   | 1.05              | 2.66                           |
| Spain                 | -72.9 Aug   | -73.8 Aug                 | -4.4              | 0.73                   | 0.67     | -9.6                                   | 1.05              | 4.48                           |
| Czech Republic        | +7.1 Sep  | -2.2 Q2                   | -3.2              | 18.0                   | 17.0     | -5.4                                   | 1.21              | 3.53                           |
| Denmark               | +14.1 Sep   | +14.1 Sep                 | +3.4              | 5.44                   | 4.96     | -5.2                                   | 1.25              | 2.54                           |
| Hungary               | +7.1 Sep  | +1.1 Q2                   | -0.5              | 200                    | 180      | -3.9                                   | 5.35              | 7.10                           |
| Norway                | +47.2 Sep   | +54.9 Q2                  | +14.3             | 5.90                   | 5.59     | +9.4                                   | 2.50              | 3.26                           |
| Poland                | -5.8 Sep  | -12.0 Aug                 | -2.7              | 2.84                   | 2.76     | -3.2                                   | 3.86              | 5.67                           |
| Russia                | +150.9 Sep  | +77.0 Q3                  | +4.3              | 30.7                   | 28.7     | -4.8                                   | 7.75              | 5.37                           |
| Sweden                | +8.2 Sep  | +29.2 Q2                  | +6.5              | 6.78                   | 6.81     | -1.5                                   | 1.58              | 2.78                           |
| Switzerland           | +19.8 Sep   | +78.7 Q2                  | +11.0             | 0.97                   | 1.01     | -0.4                                   | 0.17              | 1.41                           |
| Turkey                | -60.0 Sep   | -33.6 Aug                 | -5.4              | 1.42                   | 1.47     | -4.2                                   | 7.94              | 8.39§                          |
| Australia             | +6.5 Sep  | -49.5 Q2                  | -3.0              | 1.00                   | 1.08     | -2.4                                   | 4.93              | 5.38                           |
| Hong Kong             | -41.1 Sep   | +12.5 Q2                  | +8.3              | 7.75                   | 7.75     | +3.0                                   | 0.24              | 1.97                           |
| India                 | -123.1 Sep  | -47.7 Q2                  | -1.7              | 44.3                   | 46.3     | -5.5                                   | 6.85              | 8.27                           |
| Indonesia             | +21.4 Sep   | +9.7 Q2                   | +1.2              | 8,890                  | 9,393    | -1.5                                   | 6.77              | 3.86†                          |
| Malaysia              | +35.4 Sep   | +29.2 Q2                  | +14.7             | 3.09                   | 3.38     | -5.6                                   | 2.96              | 2.50‡                          |
| Pakistan              | -15.9 Sep   | -3.5 Q2                   | -1.5              | 85.4                   | 83.5     | -6.3                                   | 12.86             | 8.71‡                          |
| Singapore             | +35.9 Sep   | +37.0 Q2                  | +18.4             | 1.29                   | 1.39     | -0.7                                   | 0.44              | 1.81                           |
| South Korea           | +43.5 Oct   | +34.3 Sep                 | +3.2              | 1,110                  | 1,158    | -1.8                                   | 2.66              | 4.41                           |
| Taiwan                | +13.2 Oct   | +40.4 Q2                  | +9.3              | 30.2                   | 32.3     | -1.8                                   | 1.00              | 1.11                           |
| Thailand              | +12.7 Sep   | +14.0 Sep                 | +5.6              | 29.6                   | 33.3     | -2.2                                   | 1.87              | 3.06                           |
| Argentina             | +14.1 Sep   | +8.0 Q2                   | +1.9              | 3.96                   | 3.81     | -1.3                                   | 12.44             | na                             |
| Brazil                | +17.4 Oct   | -47.3 Sep                 | -2.7              | 1.71                   | 1.72     | -2.3                                   | 10.66             | 6.16‡                          |
| Chile                 | +13.3 Oct   | +3.2 Q2                   | +0.5              | 481                    | 507      | -2.1                                   | 3.36              | 2.15‡                          |
| Colombia              | +0.5 Aug  | -6.1 Q2                   | -2.1              | 1,861                  | 1,969    | -3.6                                   | 3.51              | 3.84‡                          |
| Mexico                | -2.0 Sep  | -5.2 Q2                   | -1.5              | 12.3                   | 13.1     | -2.5                                   | 3.92              | 6.04                           |
| Venezuela             | +31.1 Q2  | +20.1 Q2                  | +10.9             | 5.30                   | na       | -3.2                                   | 14.93             | 6.55‡                          |
| Egypt                 | -25.1 Q2  | -4.3 Q2                   | +0.1              | 5.75                   | 5.46     | -7.9                                   | 9.06              | 5.02‡                          |
| Israel                | -5.6 Sep  | +8.0 Q2                   | +2.9              | 3.65                   | 3.75     | -3.7                                   | 1.99              | 3.67                           |
| Saudi Arabia          | +105.2 2009   | +22.8 2009                | +11.6             | 3.75                   | 3.75     | +2.7                                   | 0.75              | na                             |
| South Africa          | -1.3 Sep  | -10.9 Q2                  | -4.6              | 6.90                   | 7.38     | -6.3                                   | 5.83              | 7.79                           |
| <b>MORE COUNTRIES</b> | Data for the countries below are not provided in printed editions of <i>The Economist</i> |                           |                   |                        |          |  |                   |                                |
| Estonia               | -1.0 Sep  | +0.8 Aug                  | +1.4              | 11.4                   | 10.4     | -1.9                                   | 0.78              | na                             |
| Finland               | +4.1 Aug  | +6.6 Aug                  | +2.0              | 0.73                   | 0.67     | -3.3                                   | 1.05              | 2.68                           |
| Iceland               | +0.9 Oct  | -0.6 Q2                   | -0.4              | 112                    | 124      | -7.7                                   | 4.55              | na                             |
| Ireland               | +55.7 Aug   | -4.6 Q2                   | -1.6              | 0.73                   | 0.67     | -38.5                                  | 1.05              | 8.49                           |
| Latvia                | -1.8 Sep  | +2.1 Aug                  | +7.0              | 0.52                   | 0.47     | -8.0                                   | 0.69              | na                             |
| Lithuania             | -2.2 Sep  | +1.4 Aug                  | +3.5              | 2.52                   | 2.30     | -8.6                                   | 1.55              | na                             |
| Luxembourg            | -6.3 Aug  | +4.6 Q2                   | na                | 0.73                   | 0.67     | -2.4                                   | 1.05              | na                             |
| New Zealand           | +0.6 Sep  | -7.9 Q2                   | -3.2              | 1.28                   | 1.35     | -4.3                                   | 3.33              | 5.40                           |
| Peru                  | +6.8 Aug  | -0.3 Q2                   | -0.2              | 2.80                   | 2.88     | -1.4                                   | 2.85              | na                             |
| Philippines           | -3.0 Aug  | +8.9 Jun                  | +4.4              | 43.4                   | 46.7     | -3.9                                   | 1.13              | na                             |
| Portugal              | -26.9 Sep   | -22.9 Aug                 | -8.7              | 0.73                   | 0.67     | -7.5                                   | 0.96              | 7.09                           |
| Slovakia              | +1.6 Aug  | -2.4 Jul                  | -2.2              | 22.0                   | 20.1     | -7.5                                   | 1.35              | 3.16                           |
| Slovenia              | -1.5 Sep  | -0.2 Aug                  | -1.1              | 0.73                   | 0.67     | -5.3                                   | 0.96              | na                             |

*Per capita income**All data are in [United States dollars](#).*[International Monetary Fund](#) [2]  
(2009)<sup>[1]</sup>

[3]

| Rank | Country  | US\$    |
|------|--|---------|
| 1    |  <a href="#">Luxembourg</a>             | 105,918 |
| 2    |  <a href="#">Norway</a>                 | 78,178  |
| 3    |  <a href="#">Switzerland</a>            | 63,536  |
| 4    |  <a href="#">Qatar</a> [4]              | 59,990  |
| 5    |  <a href="#">Denmark</a>                | 56,263  |
| 6    |  <a href="#">Ireland</a>                | 49,863  |
| 7    |  <a href="#">Netherlands</a>            | 48,209  |
| 8    |  <a href="#">United States</a>         | 45,934  |
| 9    |  <a href="#">Austria</a>              | 45,686  |
| 10   |  <a href="#">United Arab Emirates</a> | 45,615  |
| 11   |  <a href="#">Australia</a>            | 45,285  |
| 12   |  <a href="#">Finland</a>              | 44,581  |
| 13   |  <a href="#">Belgium</a>              | 43,794  |
| 14   |  <a href="#">Sweden</a>               | 43,668  |
| 15   |  <a href="#">France</a>               | 42,413  |
| 16   |  <a href="#">Germany</a>              | 40,832  |

## Die Lebenslügen der Union

*Offener Brief an die Delegierten des Parteitags der Christlich-Demokratischen Union in Karlsruhe am 15./16. November 2010*

Sehr geehrte Delegierte,

die fünf Unterzeichneten klagen gegen die Griechenland-Hilfe und gegen den Rettungsschirm beim Bundesverfassungsgericht, weil diese Maßnahmen weder den Euro noch die überschuldeten Staaten retten. Sie sind ein Beitrag zur Konkursverschleppung. Die damit verbundenen finanziellen Lasten werden die deutsche Volkswirtschaft in die Knie zwingen. Der international bekannte Ökonom, Kenneth Rogoff, hat auf die Frage, ob er die Staatsverschuldung der USA für dramatisch halte, geantwortet: Ja. Aber Deutschland, fügte er hinzu, sei in einer noch bedrohlicheren Situation, wenn es neben den eigenen Schulden noch die der insolventen Partnerstaaten übernehmen müsse.

In großer Sorge hat sich Dieter Spethmann an die Abgeordneten der CDU gewandt: „Die Delegierten dieses Parteitages werden die schwerste Aufgabe zu erfüllen haben, die seit Gründung der CDU zu vergeben war: Krisenmanagement in der schwersten Krise der Weltwirtschaft“. Er befürchtet, dass die CDU-Führung auch für den Parteitag in Karlsruhe der Losung folgen werde „wie gehabt“ und „weiter so“.

Die Antworten von Repräsentanten der CDU bestätigen diese Einschätzung: Wir Deutschen müssten dankbar sein, dass wir den Euro hätten; er habe uns vor den Stürmen der Weltwirtschaftskrise bewahrt; die finanziellen Hilfen für Griechenland und der Rettungsschirm retteten den Euro und die Europäische Union.

**Es ist an der Zeit, dass sich die CDU mit ihren früheren und jetzigen Lebenslügen auseinandersetzt.**

**Erste Lebenslüge:** Der frühere Bundesfinanzminister, Theo Waigel, hat in der letzten entscheidenden Debatte im Bundestag vor Einführung des Euro gesagt (1998), zwar hätten bei den Haushaltskonsolidierungen „Einmalaktionen“ (im Volksmund „kreative Buchführung“ genannt) eine Rolle gespielt, doch bestehe für ihn an der Dauerhaftigkeit der finanzpolitischen Konsolidierung in der Euro-Zone kein Zweifel. **Die Wahrheit:** Der Schuldenstand ist in allen Ländern deutlich angestiegen, in einigen so dramatisch, dass sie vor der Insolvenz stehen. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds wird der Schuldenstand Griechenlands im Jahre 2015 auf 158 % des Bruttoinlandsprodukts steigen. Bei Zinsen von 5 % – vorsichtig geschätzt – wird das Land im Schuldensumpf versinken.

**Zweite Lebenslüge:** Der Euro und die damit verbundene Wettbewerbsintensität beschleunigten den Reformprozess; der Euro werde den frischen Wind der Modernisierung nach Europa bringen (Theo Waigel). **Die Wahrheit:**

Die sogenannten PIIGS-Staaten – Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien – haben die erhoffte Euro-Dividende (das von Deutschland ererbte niedrige Zinsniveau) nicht zur Modernisierung ihrer Volkswirtschaften genutzt, sondern für exzessiven öffentlichen und privaten Konsum. Sie sind international nicht mehr wettbewerbsfähig, wie ihre ausufernden Leistungsbilanzdefizite zeigen. Es geht ein Riss durch die Euro-Zone.

**Dritte Lebenslüge:** In der Euro-Zone seien Transferleistungen so absurd wie eine Hungersnot in Bayern, sagte Jean-Claude Juncker (1998). Dem deutschen Volk ist eine Stabilitätsgemeinschaft versprochen worden, abgesichert durch die bekannte no bail out-Klausel: Weder die Europäische Union noch ein Mitgliedstaat haften für die Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten. **Die Wahrheit:** Die Vorkehrungen im Lissabon-Vertrag zur Sicherung der Stabilitätsgemeinschaft wurden in mehrfacher Hinsicht gebrochen. Zudem ersetzen die nach Griechenland fließenden Gelder bloß private durch öffentliche Gläubiger. Die von der Bundeskanzlerin und vom Bundesfinanzminister betriebene europäische Insolvenzordnung ist ein Etikettenschwindel: Sie wandelt den zeitlich befristeten Rettungsschirm, der einzelne Länder vor spekulativen Attacken bewahren sollte, in eine Dauerhilfe mit neuen und für die „Ewigkeit“ geplanten Institutionen um. Damit wird den Konkursstaaten der Ausweg für das „Weitermachen“ eröffnet – Stichwort „moral hazard“. Die Stabilitätsgemeinschaft wird zur Transferunion.

**Vierte Lebenslüge:** Die Bundeskanzlerin konnte jüngst auch gegen intensive Widerstände neue Handlungsrichtlinien beim Umgang mit staatlichen Haushaltsdefiziten durchsetzen. **Die Wahrheit:** Der von der deutschen Regierung vorgeschlagene Sanktionsautomatismus bei exzessiven Haushaltsdefiziten – von vielen Ländern unterstützt und von der EU-Kommission ausgearbeitet – ist bei dem Strandspaziergang in Deauville in ein Verfahren umgewandelt worden, in dem wieder potentielle über aktuelle Sünder urteilen. Und wenn man noch so viel politischen Weihrauch darüber aufsteigen lässt: Auch in Zukunft werden notorische Sünder nicht bestraft.

**Fünfte Lebenslüge:** Ohne Währungsunion wären uns die Wechselkurse um die Ohren geflogen und die Europäische Union wäre auseinander gebrochen. **Die Wahrheit:** Ohne Währungsunion hätte das Wechselkursventil zuvor unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeiten und Finanzpolitiken ausbalanciert. Stattdessen hat sich die Euro-Zone in einen Stark- und einen Schwachwährungsblock gespalten. Es bleibt nur die Alternative: Die Eurozone folgt der ökonomischen Realität und teilt sich, oder die Überschussländer kommen dauerhaft für die Defizitländer auf.

**Sechste Lebenslüge:** Besonders die deutsche Wirtschaft profitiert vom Euro. Auch wäre sonst unser exportgetriebenes Wachstum durch Währungsaufwertungen gebremst worden. **Die Wahrheit:** Je häufiger diese Lebenslüge verkündet wird, desto lauter wird von den Defizitländern gefordert: Wenn die Deutschen am meisten vom Euro profitieren, dann sollen sie auch entsprechend zahlen. Werden Waren ausgetauscht, profitieren beide Partner. Kein Grieche oder Spanier kauft deutsche Waren, um der deutschen Wirtschaft einen Gefallen zu tun. Den Vorteil, dass unsere Wirtschaft wegen des verstopften Wechselkursventils und wegen maßvoller Lohnabschlüsse ihre

internationale Konkurrenzfähigkeit hat steigern können, sehen konkurrierende Volkswirtschaften als Währungsdumping an. Der Hinweis auf deutsche Tüchtigkeit wird da nicht lange vorhalten. Für Madame Lagarde, die französische Finanzministerin, sitzt Deutschland bereits auf der Anklagebank. Präsident Obama hat sich ihr angeschlossen.

**Siebte Lebenslüge:** Wir müssen den Euro retten, damit die Europäische Union bestehen bleibt. Es gibt zur Politik der Bundesregierung keine Alternative. **Die Wahrheit:** Keine Währung steht über Europas höchsten Werten: Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie, Bürgergesellschaft, Geldwertstabilität und Soziale Marktwirtschaft. Europa lebt von diesen Werten. Diese zu erhalten und in ganz Europa zu verbreiten und zu festigen, **das** ist Ziel der Europäischen Integration und muss es bleiben.

Sollte die CDU weiterhin an ihren Lebenslügen festhalten, so wird sie doch nicht die Bürger daran hindern können, die Wahrheit zu erkennen. Die Wirklichkeit wird die CDU grausam bestrafen. In den Wahlkabinen werden ihr die Bürger die Quittung geben.

Wir hoffen, mit diesem offenen Brief einen Denkprozess innerhalb Ihrer Partei angestoßen zu haben, und grüßen Sie freundlich

Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider, Dieter Spethmann, Joachim Starbatty

Wir finanzieren den Kampf für die Stabilität unseres Geldes aus unseren privaten Mitteln und aus Spenden. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit, indem Sie auf das Konto des Vereins Pro Europa e. V. – Commerzbank, BLZ 76080040, Kto-Nr. 0119127500 – spenden. Die Spenden können Sie von der Steuer absetzen.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts  
Joachim Starbatty  
Mohlst. 26, 72074 Tübingen

## **DER EURO SPRENGT EUROPA!**

Es wird höchste Zeit, dass Europas Eliten erkennen und öffentlich bekennen, wie fatal sie sich mit dem Euro als Gemeinschaftswährung verrannt haben. Zum Schaden Europas und zum Verhängnis für unser Land! Der Euro ist nicht, wie unsere Politiker behaupten, das Fundament einer europäischen Friedensunion, sondern deren Sprengsatz.

Die Politiker sagen, der Wechsel von der versprochenen Stabilitätsgemeinschaft in eine Transferunion sei notwendig, weil die EU eine Schicksalsgemeinschaft sei. Die gemeinsame Währung sei deren Klammer.

Aber: Keine Währung steht über Europas höchsten Werten: Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie, Bürgergesellschaft, Geldwertstabilität und Soziale Marktwirtschaft. Europa lebt von diesen Werten. Diese zu erhalten und in ganz Europa zu verbreiten und zu festigen, **das** ist Ziel der Europäischen Integration und muss es bleiben. Doch mit der Hilfe für „in Finanznot“ geratene Staaten, mit der „EU-Wirtschaftsregierung“ und mit dem neuen in hektischer Eile an den nationalen Parlamenten vorbei geschaffenen „Konkursrecht“ für überschuldete Euro-Staaten wird das Gegenteil erreicht, zumal diese sich selber durch unseriöses Wirtschaften in Bankrottgefahr gebracht haben.

Die parlamentarischen Rechte der europäischen Völker werden weiter ausgehöhlt; die Rettungs-Milliarden werden die Euro-Währung aufweichen, die Staatsfinanzen der Retter-Staaten (vor allem Deutschlands) werden hoffnungslos zerrüttet, während die notorischen Währungs- und Finanzsünder der Euro-Zone der Kontrolle durch die Finanzmärkte entzogen werden.

Das neue (und überflüssige) Insolvenzrecht für die Euro-Staaten ist ein Etikettenschwindel: Die dem Publikum als zeitlich befristet präsentierte Rettungsaktion für die Währungs- und Finanzsünder wird in eine Dauerhilfe mit neuen und für die „Ewigkeit“ geplanten Institutionen umgewandelt. Zugleich eröffnet die Konkursverschleppung den insolventen Staaten das „Weitermachen“; der alte Schlendrian geht weiter.

Zwar sollen die Banken, die den bankrottreifen Schulden-Staaten das Geld für ihre Überschuldung gegeben haben, am Schuldenschnitt beteiligt werden. Aber das wird ihnen nicht weh tun. Sie werden wieder rufen: „Wir sind ein systemisches Risiko.“ Die EZB hat den Banken die Schrottpapiere günstig abgekauft und wird dafür sorgen, dass die Umschuldung die „Märkte nicht verunsichert“ (EZB-Präsident Trichet). Die Hauptlast der Entschuldung werden wie bisher die Steuerzahler der vertragstreuen Staaten tragen; sie zahlen dann eben statt in den Rettungs- in den Insolvenzfonds ein!

Die so gut wie beschlossene Wirtschaftsregierung wird die marktwirtschaftliche Verfassung der EU aushebeln und tief in die nationale Souveränität hineinschneiden. Die Parlamente werden deren Beschlüsse, wie jüngst, bloß noch abnicken dürfen. Maßstab wird nicht das stabilitäts- und leistungsorientierte Land

sein. Es ist vielmehr ein Störenfried. Für Madame Lagarde, die französische Finanzministerin, sitzt Deutschland bereits auf der Anklagebank und soll für seine Tüchtigkeit bestraft werden.

Europa driftet durch seine selbstverschuldete Zweiteilung in Überschuss- und Defizitländer unter dem Dach der gemeinsamen Währung immer weiter auseinander. Die Krise des Euro und der überschuldeten Länder lässt sich nur in nationaler Verantwortung überwinden. Die nicht zur Euro-Zone gehörenden EU-Länder werden mit der Krise besser fertig als die Euro-Länder. Der Grund liegt auf der Hand: Sie können sich auf die Bekämpfung „ihrer“ Krise konzentrieren und dafür ihr gesamtes währungs- und finanzpolitisches Instrumentarium einsetzen. Sie stehen nicht unter der Drohung eines möglichen Staatsbankrotts. Das ihnen verbliebene Instrument der Währungsabwertung (gegenüber Euro und US-Dollar) bewahrt sie davor. Es verschafft ihnen den notwendigen Spielraum für eine aktive Konjunktur- und Strukturpolitik und stärkt ihre Wettbewerbsposition im Exportsektor.

Entgegen dem, was Politiker uns weismachen wollen, ist die Zugehörigkeit zur Euro-Zone nicht auf ewig festgeschrieben – im Gegenteil: Austritte der den Euro destabilisierenden Mitgliedstaaten sind ökonomisch und politisch geboten. Sie gefährden nicht die Gemeinschaftswährung, sondern stabilisieren sie! Auf diese Weise entstünde eine „Hartwährungszone“, der auch stabilitätsorientierte Nicht-Euroländer beitreten könnten: Dänemark, Schweden ggf. sogar die Schweiz!

Der EU ist aufgegeben, den inneren Wohlstand ihrer Mitglieder zu vermehren. Sie muss die Grenzen respektieren, die das demokratische Eigenleben ihrer Völker verlangt. Jeder Schritt zur Unterminierung der Stabilitätsgemeinschaft ist einer ins Unrecht. Die Selbstverantwortung der europäischen Völker muss die jetzige und künftige Geschäftsgrundlage der EU sein. Nur sie wird dem europäischen Geist gerecht.

Dafür setzen wir uns vor dem Bundesverfassungsgericht ein. Wir klagen gegen die Griechenlandhilfe und den Rettungsschirm, weil sie nicht den Euro und die Europäische Union retten, sondern uns im Schuldensumpf versinken lassen. Das müssen wir verhindern. Unterstützen Sie uns in diesem Kampf.

Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider, Dieter Spethmann, Joachim Starbatty

Wir finanzieren den Kampf für die Stabilität unseres Geldes aus unseren privaten Mitteln und aus Spenden. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit, indem Sie auf das Konto des Vereins Pro Europa e. V. – Commerzbank, BLZ 76080040, Kto-Nr. 0119127500 – spenden. Die Spenden können Sie von der Steuer absetzen.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts  
Joachim Starbatty  
Mohlstr. 26, 72074 Tübingen